

Hoffnungsloser Kampf

Oppositionsmedien in Kasachstan sind unter Druck / Von Pauline Tillmann

epd Die Redaktion liegt zentral, aber versteckt. Durch einen Hinterhof geht es zu einem grauen Wohnblock. In der ersten Etage sitzen die Mitarbeiter von „Respublika“, der wichtigsten Oppositionszeitung in Kasachstan. Es gibt kein Türschild, die Putzfrau öffnet nur zögerlich. Am Eingang begrüßt uns die Chefredakteurin Tatjana Trubaschewa, eine Frau mit blonden lockigen Haaren und einem femininen roten Kleid. „In Kasachstan ist es lebensgefährlich, als Journalist zu arbeiten“, sagt sie. In ihrer Stimme liegt Bitterkeit. Kritische Berichterstattung ist in dem zentralasiatischen Vorzeigeland, das mit Öl reich geworden ist, nicht erwünscht. Immer wieder werden Journalisten brutal zusammengeschlagen, nicht selten verschwinden sie einfach von einem Tag auf den anderen.

Pressefreiheit in Kasachstan

epd Kasachstan rangiert in der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz 154, gleichauf mit Libyen. Unsere Autorin Pauline Tillmann, freie Korrespondentin in St. Petersburg, hat kürzlich eine Woche lang in der kasachischen Großstadt Almaty zum Thema Pressefreiheit recherchiert. Ihr Fazit ist alarmierend: Journalisten werden häufig eingeschüchtert und angegriffen, sie verschwinden spurlos oder fallen einem Mordanschlag zum Opfer. Gleichzeitig werden Oppositionsmedien drangsaliert und de facto gezwungen, ihre Zeitung im Ausland zu drucken.

„Respublika“ erscheint einmal in der Woche und hat eine Auflage von 14.000 Stück. Das klingt nach wenig, aber wenn man das Internet dazunimmt, kommt die Zeitung auf mehr als eine Million Leser im Monat. Interessant ist, dass sie seit 2002, seit ihrer Gründung, zwölf Mal den Namen ändern musste. Aus „Respublika“ wurde unter anderem „Moja Respublika“, und heute heißt die Zeitung offiziell „Golos Respubliki“ – zu Deutsch „Stimme der Republik“. Das hängt damit zusammen, dass die kasachische Regierung unter Präsident Nursultan Nasarbajew Medienunternehmen unter Druck setzen kann. So werden einfach hohe Bußgelder über mehrere Hunderttausend Euro für kritische Artikel verhängt. Diese Bußgelder kann eine Zeitung nicht bezahlen, also sucht sie sich einen neuen Namen. Auch „Golos Respubliki“ wird sicher bald wieder ersetzt werden müssen.

„Die Pressefreiheit steht permanent unter Druck“, sagt auch Tamara Kalejewa von der Stiftung „Adil Sos“. Die Stiftung heißt auf Deutsch „Ehrliches Wort“ und beschäftigt sich vor allem damit, die Pressefreiheit in Kasachstan zu überwachen. Ein Dutzend Korrespondenten sind im ganzen Land verteilt und melden der Zentrale in Almaty, wenn Zeitungen dichtgemacht oder Journalisten eingeschüchtert wurden. „Immer wieder werden unliebsame Chefredakteure ausgetauscht“, sagt Kalejewa, „am schlimmsten ist die Situation in der Provinz.“ Hier sind Zeitungen von Anzeigenkunden abhängig, und wenn sie kritisch berichten, werden Werbeflächen gekappt – was nicht selten das Aus für diese Zeitungen bedeutet.

Eine immer größere Rolle spielt das Internet. Insgesamt hat jeder dritte Kasache Zugang zum Netz. Deshalb haben Oppositionsmedien wie „Respublika“ hier ihre größte Leserschaft. In Zukunft wird es vielleicht gar keine Printversion der Zeitung mehr geben, denn in regelmäßigen Abständen hat sie mit technischer Zensur zu kämpfen. So haben die Mitarbeiter zwischen September 2009 und September 2011 die Zeitung in der Redaktion gedruckt – Handarbeit mal anders. Jeden Abend kam eine Gruppe von Frauen, die die Seiten einzeln ausgedruckt und zusammengetackert haben. Der Grund: Keine kasachische Druckerei erklärte sich bereit, mit der Oppositionszeitung zusammenzuarbeiten. Dank Zollunion kann die Zeitung inzwischen in Moskau gedruckt und nach Kasachstan eingeflogen werden.

„Jede Oppositionszeitung ist ein Minenfeld“, sagt Chefredakteurin Trubaschewa, „du weißt nie, wo die nächste Bombe hochgeht.“ Besonders gefährlich ist es, über Politiker zu schreiben, denn hier gibt es tatsächlich ein einziges Minenfeld. Per Gesetz ist es beispielsweise verboten, über Präsident Nasarbajew, seine Familie und seine Gesundheit zu berichten. Sie gelten als unantastbar. Wer sich nicht daran hält, hat mit fünf Jahren Haftstrafe zu rechnen. Derzeit gibt es die Tendenz, dass auch ganz normale Abgeordnete von öffentlicher Kritik abgeschottet werden sollen – „damit bloß keiner mitbekommt, wo das ganze Staatsgeld hingehet“, glaubt Trubaschewa.

Desinteressierte Bevölkerung

Dieses eherne Gesetz hat der Publizist Sergej Duwanow gebrochen. Er ist den Mächtigen schon seit einiger Zeit ein Dorn im Auge. Vor zehn Jahren hat er herausgefunden, dass Nasarbajew ein Schweizer Konto besitzt. Darüber hat er geschrieben – und wurde dafür

brutal zusammengeschlagen. Er erinnert sich bis heute an die Worte der Attentäter, die gesagt haben sollen: „Wenn du nicht damit aufhörst, schlitzten wir dich beim nächsten Mal auf.“ Aber Duwanow hat nicht aufgehört und wurde deshalb unter fadenscheinigen Gründen für eineinhalb Jahre ins Gefängnis gebracht. Man könnte meinen, das habe ihn zum Umdenken bewegt. Er aber sagt mit fester Stimme: „Ich sehe, dass es in diesem Land Diebe gibt, und darüber schreibe ich. Nur weil ich ins Gefängnis gewandert bin, ändert das doch nichts an meiner Haltung!“

In Kasachstan gibt es einige Journalisten, die eine ähnliche Haltung einnehmen. Sie mussten teuer dafür bezahlen. Duwanow erzählt von „Autounfällen“, die drei seiner Kollegen das Leben gekostet haben. „In diesem Land darf man keine Angst haben – wenn man Angst hat, sollte man auswandern“, empfiehlt er.

Während Journalisten für Artikel hinter Gittern kommen, sind die meisten Menschen in Kasachstan mit Konsum und Business beschäftigt. Andrej Grischin ist freier Journalist und zeigt sich ernüchtert: „Das Problem ist, dass die Bevölkerung mit kritischen Informationen nicht umgehen kann. Es gibt keinerlei Reaktion auf Artikel, das heißt, die Journalisten können mit ihren Recherchen rein gar nichts bewegen.“ Finanziert werden die meisten Oppositionsmedien vom kasachischen Bankier Muhtar Abljasow. Er lebt inzwischen in London und transferiert von dort aus Geld nach Kasachstan, unter anderem zum Oppositionskanal K+. Man könne die Situation nur durch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk verändern, so Grischin. Der ist aber weit und breit nicht in Sicht.

Stattdessen werden jedes Jahr mehr als fünf Millionen Euro für eine großzügig dotierte Ausschreibung ausgegeben, die sich „Gos sakas“ nennt – zu Deutsch „Staatsauftrag“. Das bedeutet, das Ministerium für Kultur und Information nimmt Geld in die Hand, um Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben. Dabei wird genau vorgegeben, welche Themen bearbeitet werden sollen und welche Personen dafür interviewt werden müssen. Medienunternehmen können sich auf diese Ausschreibung bewerben. Das Problem: Für viele regionale Medien ist es die einzige Einkommensquelle. 2009 haben 92 Zeitungen, 21 Radio- und Fernsehsender und neun Fernseh- und Filmstudios im Auftrag von „Gos Sakas“ berichtet.

„Die Journalisten werden nicht dazu ermuntert, frei ihre Meinung zu äußern, stattdessen bekommen sie zu hören, dass sie patriotisch sein müssen und nur über die Erfolge der Regierung berichten sollen“, sagt Tamara Kalejewa von der Stiftung „Adil Sos“. Das erinnere an sowjetische Zeiten. Genauso wie das politische System.

Wenn man die Chefredakteurin von „Respublika“, Tatjana Trubaschewa, nach einem Ausblick für die nächsten fünf Jahre fragt, kommt erst einmal ein langer Seufzer. Und lange nichts. Schließlich erklärt sie: „Ich glaube, es wird dasselbe passieren wie in der Politik. Die echte Opposition sitzt im Gefängnis, und anstelle dessen wurde eine Alibi-Opposition in Stellung gebracht. In Hinblick auf die Medien heißt das, dass in den nächsten Jahren die bestehenden Oppositionsmedien zerschlagen werden und an ihre Stelle staatsreue Medien rücken, die nichts mit Opposition zu tun haben.“ Für ihre Zeitung „Respublika“ habe das keine Auswirkungen: Man werde kämpfen bis zum Schluss, kündigt Trubaschewa an. ■

■ INLAND

RTL und ProSiebenSat.1 dürfen kein Online-Videoportal aufbauen

Oberlandesgericht Düsseldorf bestätigt Entscheidung des Kartellamts

Düsseldorf (epd). **Die TV-Konzerne RTL und ProSiebenSat.1 dürfen keine gemeinsame Online-Plattform für den zeitversetzten Abruf von Fernsehinhalten aufbauen.**

Das Bundeskartellamt habe das Vorhaben zu Recht untersagt, entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf in einem am 8. August verkündeten Urteil. Es wies damit eine Beschwerde der beiden Unternehmen zurück. Die Richter hätten sich der Auffassung des Kartellamts

angeschlossen, dass die Plattform die beherrschende Stellung von RTL und ProSiebenSat.1 auf dem Markt für Fernsehwerbung verstärken würde, sagte eine Gerichtssprecherin dem epd. Eine Revision wurde nicht zugelassen. (AZ: VI Kart 4/11 [V])

RTL und ProSiebenSat.1 hatten im August 2010 angekündigt, ein gemeinsames Videoportal nach dem Vorbild der US-amerikanischen Internetseite Hulu aufbauen zu wollen (epd 63/10). Mit der für TV-Sender offenen Plattform sollten Nutzer die Gelegenheit erhalten, Serien, Filme, Shows und Nachrichtensendungen für eine begrenzte Zeit kostenlos abzurufen. Laut RTL hätte das geplante Joint Venture lediglich als „rein technischer Dienstleister“ fungiert und keinerlei Vermarktungsaktivitäten ausgeübt. Die Vermarktung hätte demnach ausschließlich der jeweilige Sender vorgenommen.